

# Inhalt

Vorwort von Klaus Michaelis.....	5
Danke.....	9
Einleitung.....	19
<b>Teil 1: Darstellung der Alterssicherungssysteme und Analyse des Überleitungsprozesses bis zum Rentenüberleitungsgesetz .....</b>	<b>27</b>
<b>A Die rentenrechtliche und rechtspolitische Entwicklung bis zur Deutschen Einheit .....</b>	<b>27</b>
I Die rentenrechtliche Entwicklung von der Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung bis zur Teilung Deutschlands (1889-1949) .....	27
II Die rechtspolitische Entwicklung in den beiden deutschen Staaten (1949-1990) .....	32
1 Die doppelte Staatsgründung 1949 .....	32
2 Der Deutschlandvertrag vom 23.10.1954 .....	36
3 Der Grundlagenvertrag vom 21.12.1972.....	36
III Die rentenrechtliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten (1949-1990) .....	38
1 Die rentenrechtliche Entwicklung in der Bundesrepublik (1949- 1990).....	38
2 Die rentenrechtliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik (1949–1990) .....	41
IV Die Vereinigung Deutschlands .....	43
<b>B Konzeptionelle Unterschiede der Alterssicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.....</b>	<b>45</b>
I Frauen und ihre Alterssicherung.....	45
II Die Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland .....	45
1 Die drei Säulen der Alterssicherung .....	46
2 Die gesetzliche Rentenversicherung .....	48

III	Die Alterssicherung in der Deutschen Demokratischen Republik .....	58
1	Grundprinzipien, Organisation und versicherter Personenkreis .....	58
2	Die gesetzliche Rentenversicherung in der Sozialversicherung der DDR .....	63
3	Zusatz- und Sondersorgungseinrichtungen außerhalb der Sozialversicherung der DDR .....	71
IV	Das Fremdrechtenrecht – Die rentenrechtliche Lösung bei Übersiedlung aus der DDR in die Bundesrepublik .....	76
V	Die wesentlichen Strukturunterschiede .....	78
VI	Überblick über die Rentenreformen ab 1992 .....	80
<b>C</b>	<b>Von der Zweistaatlichkeit zur staatlichen Einheit .....</b>	<b>82</b>
I	Auf dem Weg zur Sozialunion .....	82
1	Wege zur Angleichung – aus Sicht der Rentenversicherung .....	86
2	Wege zur Angleichung – aus Sicht des BMA .....	89
3	Wege zur Angleichung – aus Sicht der DDR .....	90
4	Wege zur Angleichung – aus Sicht der Bundesregierung .....	91
5	Wege zur Angleichung – aus Sicht der Bundes-SPD .....	91
6	Wege zur Angleichung – die Frage der Finanzierung .....	92
7	Wege zur Angleichung – das Problem der Überführung der Zusatz- und Sondersorgungssysteme .....	93
II	Der Staatsvertrag vom 18.5.1990 .....	94
III	Die Rentenangleichung – Die rentenrechtliche Umsetzung des Staatsvertrages zum 1.7.1990 durch SVG-DDR und RAnglG-DDR .....	96
1	Grundsätze .....	96
2	Gegliederte Sozialversicherung und Territorialitätsprinzip .....	97
3	Umstellung, Angleichung und Dynamisierung der Renten .....	98
4	Sozialzuschlag und Sozialhilfe .....	100
5	Beiträge zur Rentenversicherung .....	102
6	Krankenversicherung der Rentnerinnen und Rentner .....	103
7	Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sondersorgungssystemen in die Rentenversicherung .....	104
8	Finanzierung .....	106
IV	Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990 .....	107
V	Die ersten Renten Anpassungen .....	109
<b>D</b>	<b>Der Weg zur Rentenüberleitung .....</b>	<b>110</b>
I	Die Vorbereitungen zur Rentenüberleitung – Die Vorgaben des Einigungsvertrages .....	110
II	Die Finanzierung .....	110

III	Das Gesetzgebungsverfahren zum Renten-Überleitungsgesetz (RÜG)....	111
IV	Das Renten-Überleitungsgesetz .....	116
1	Ausdehnung von Rentenansprüchen .....	117
2	Die Rentenbewertung und -anpassung der Bestandsrenten zum 1.1.1992 .....	118
3	Die Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen durch das AAÜG .....	122
<b>E</b>	<b>Zusammenfassung und Fazit</b> .....	123
I	Überblick über die Schritte der Rentenüberleitung ab 1.7.1990 .....	123
II	Fazit .....	125

## **Teil 2: Reparaturmaßnahmen durch den Gesetzgeber und die Rechtsprechung – Sind die gefundenen Lösungen gerecht? .....**

<b>A</b>	<b>Die weitere Entwicklung im Prozess des Zusammenwachsens der Rentenversicherung in den alten und neuen Bundesländern</b> .....	128
I	Grundsätzliche rechtliche Erwägungen zur Rentenüberleitung .....	128
II	Die Vereinheitlichung der Rentenberechnung und -anpassung durch Angleichung der Rechenwerte.....	131
III	Rechtliche Kernaussagen des Bundesverfassungsgerichts.....	133
<b>B</b>	<b>Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus der Sozialpflichtversicherung und der FZR</b> .....	135
I	Umwertung der Bestandsrenten aus der Sozialpflichtversicherung und der FZR (§ 307 a SGB VI).....	135
II	Entscheidungen zur Nichtdynamisierung und Abschmelzung der Auffüllbeträge (§ 315 a SGB VI).....	138
<b>C</b>	<b>Änderungen und Modifizierungen bei der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen durch Gesetzgeber und Rechtsprechung</b> .....	140
I	Die Regelungen im Staatsvertrag.....	143
II	Die Regelungen im Rentenangleichungs- und im Aufhebungsgesetz .....	143
III	Die Regelungen im Einigungsvertrag.....	146
IV	Die Rentenanpassungen zum 1.1.1991 und zum 1.7.1991.....	146

V	Die Regelungen im AAÜG, im Rü-ErgG und im AAÜG-ÄndG.....	147
1	Neufeststellung der Bestandsrenten Sonder- und Zusatzversorgter (§ 307 b SGB VI) .....	148
2	Zahlbetragsbegrenzungen (§ 10 AAÜG) .....	150
3	Entgeltbegrenzungen bei der Ermittlung von Entgeltpunkten (§§ 6, 7 AAÜG) .....	154
VI	Zäsur durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 28.4.1999 .....	161
1	Das Leiturteil .....	162
2	Entgeltbegrenzungen bei staats- und systemnahen Versorgungssystemen und systemnahen Funktionen (§§ 6 Abs. 2 und 6 Abs. 3 Nr. 7 AAÜG).....	164
3	Die Entscheidungen zur Neuberechnung von Bestandsrenten mit Zusatz- und Sonderversorgung .....	164
4	Das „Stasi-Urteil“ .....	165
VII	Das 2. AAÜG-ÄndG vom 27.7.2001 .....	167
VIII	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.6.2004 und das Erste AAÜG-ÄndG vom 21.6.2005 .....	169
1	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.6.2004 .....	169
2	Das Erste AAÜG-ÄndG vom 21.6.2005.....	170
IX	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Entgeltbegrenzung bei Ministern, Staatssekretären u.a. vom 6.7.2010 (§ 6 Abs. 2 Nr. 4 AAÜG).....	172
X	Übersicht über die Änderungen und Modifizierungen bei der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen durch Gesetzgeber und Rechtsprechung.....	176
<b>D</b>	<b>Gerechtigkeitsdiskussionen bei der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften von Beschäftigtengruppen mit einem „besonderen Steigerungssatz“ und hinsichtlich der Alterssicherung von in der DDR Geschiedenen</b> .....	179
I	Gerechtigkeitskonzepte in der Alterssicherung .....	179
1	Gerechtigkeit als normatives Element .....	179
2	Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit im Recht der Alterssicherung .....	181
3	Prüfungsgegenstände .....	183
II	Die Überführung der Renten von Beschäftigtengruppen mit einem „besonderen Steigerungssatz“ .....	184
1	Die Ausgangssituation .....	184

2	Die Rechtslage beim mittleren medizinischen Personal .....	186
3	Die Rechtslage bei Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post.....	187
4	Die rechtliche Einordnung unter Gerechtigkeitsaspekten .....	189
5	Zwischenfazit.....	192
III	Die Alterssicherung von in der DDR Geschiedenen.....	192
1	Die Ausgangssituation .....	192
2	Die Rechtslage .....	196
3	Rechtsprechung.....	200
4	Lösungsansätze und Initiativen .....	204
5	Zwischenfazit.....	207
<b>E</b>	<b>Zusammenfassung und Fazit .....</b>	<b>207</b>
I	Die Zielvorstellungen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD zur Rentenüberleitung.....	208
II	Die Zielvorstellungen des Einigungsvertrages zur Rentenüberleitung .....	209
III	Die Leitlinien des Bundessozial- und des Bundesverfassungsgerichts.....	210
IV	Fazit .....	212

### **Teil 3: Die Deutsche Einheit in der Alterssicherung durch Vereinheitlichung der Rechenwerte bei Rentenberechnung und -anpassung.....**

<b>A</b>	<b>Rentenrechtliche Maßnahmen zur Herstellung der Einheit in der Rentenversicherung .....</b>	<b>214</b>
<b>B</b>	<b>Die wirtschaftliche Entwicklung und die Alterseinkommen in den neuen Bundesländern .....</b>	<b>215</b>
I	Der wirtschaftliche Konvergenzprozess seit 1989 und die Einkommensentwicklung.....	216
1	Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern.....	217
2	Die Lohn- und Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern.....	221
3	Die Zielvorstellung einer Angleichung in den Jahresberichten zum Stand der Deutschen Einheit 2009 und 2010 .....	229
4	Zwischenfazit.....	231

II	Die Höhe der Alterseinkommen in den alten und neuen Bundesländern .....	233
1	Gesetzliche Renten.....	234
2	Erfasster Personenkreis .....	237
3	Schichtung der Renten nach Erwerbsbiographien.....	238
4	Alterseinkommen im 3-Säulen-System.....	240
5	Nettoalterseinkommen als Abgrenzungskriterium.....	242
6	Zwischenfazit.....	243
<b>C</b>	<b>Die rechtlichen Aspekte der Vereinheitlichung der Rechenwerte bei Rentenberechnung und -anpassung .....</b>	<b>244</b>
I	Die rechtliche Ausgangssituation bei Rentenberechnung und -anpassung.....	245
1	Die Ermittlung von Entgeltpunkten für die Beitragszahlerinnen und -zahler (Beitragsphase) .....	245
2	Die aktuellen Rentenwerte zur Bewertung der Entgeltpunkte, Renten-Faktoren und Renten-Garantien (Rentenphase) – Die Anpassungen der Renten.....	252
3	Weitere rentenrechtliche Sonderregelungen für die neuen Bundesländer.....	266
4	Zwischenfazit.....	267
II	Erforderliche Rechtsänderungen aufgrund einer Vereinheitlichung der Rentenberechnung und -anpassung durch Angleichung der Rechenwerte und deren Auswirkungen .....	267
1	Beitragsphase .....	269
2	Rentenphase .....	271
3	Auswirkungen außerhalb der Rentenversicherung.....	273
4	Zwischenfazit.....	274
<b>D</b>	<b>Lösungsansätze.....</b>	<b>274</b>
I	Die Ausgangssituation .....	274
II	Die aktuellen Lösungsvorschläge .....	285
1	Der Vorschlag des Sachverständigenrats im Jahresgutachten 2008/2009: Die „besitzstandswahrende Umbasierung“: Die kostenneutrale Vereinheitlichung des Rentenrechts.....	286
2	Der Vorschlag der FDP „Für ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West“: Vereinheitlichung des Rentenrechts mit Abfindungszahlung als Ausgleich für den abgeschnittenen Aufholprozess .....	289

---

3	Der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Rentenwert in Ost und West angleichen“: Vereinheitlichung des Rentenrechts mit Hochwertung für Geringverdiener/innen .....	291
4	Der Vorschlag der Partei DIE LINKE: Anhebung des aktuellen Rentenwerts (Ost) auf den Westwert in fünf Jahresstufen .....	293
5	Das ver.di-Modell im „Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern“: Angleichungszuschlag in zehn Jahresstufen ohne Eingriff in den Aufholprozess .....	293
III	Zwischenfazit.....	296
<b>E</b>	<b>Rechtsanspruch auf Vereinheitlichung bei der Rentenberechnung aus dem Einigungsvertrag.....</b>	<b>297</b>
I	Rechtsanspruch auf Angleichung aufgrund des Einigungsvertrages .....	297
II	Rechtsanspruch aufgrund eines Gesetzgebungsauftrags.....	301
III	Zwischenfazit.....	302
	Zusammenfassung und Gesamtfazit .....	302
	<b>Anhang.....</b>	<b>307</b>